

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XIX/200

Bonn, den 19. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 a Der Sturz des Nikita Chruschtschow 128

Hintergründe und Konsequenzen

Von W. J. Alexander

3 Kleinlich und ängstlich 43

Die Blöße der Unionsparteien

4 - 5 Die Sorgen eines Kölner Staatsanwalts 76

Strafverfahren gegen Jungsozialisten  
wegen eines Anti-Franco-Flugblattes

Von \* \* \*

6 Peking in Französisch-Afrika 36

Diplomatische und wirtschaftliche Offensive

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scherer

+ \* +

## Der Sturz des Nikita Chruschtschow

### Hintergründe und Konsequenzen

Von W. J. Alexander

Der nachstehende analytische Beitrag zum Sturz Chruschtschows wurde uns von einem in Bonn akkreditierten Diplomaten zur Verfügung gestellt, der mehrere Jahre lang sein Land in Moskau vertreten hat und infolgedessen die jüngsten Ereignisse in der Sowjetunion im Lichte seiner dort gesammelten Erfahrungen betrachtet. Der Name W. J. Alexander ist ein Pseudonym. - Die Redaktion

\* \* \*

Chruschtschow, seit zehn Jahren einer der mächtigsten Männer der Welt ist verabschiedet worden. Ehe es dazu kam, sind zweifelloso schwere Auseinandersetzungen im engsten Kreis der Partei vorausgegangen. Welche Gruppierungen sich im einzelnen zusammengefunden haben, um den Sturz Chruschtschows vorzubereiten und durchzuführen, ist noch nicht deutlich sichtbar. Zunächst kann nur festgestellt werden, daß die Politik Chruschtschows - vom Standpunkt Moskaus aus gesehen - in bestimmten Bereichen nicht den erwarteten Erfolg gebracht hat. In der kühlen Atmosphäre politischen Kalküls können, wenn der Erfolg ausbleibt, weder Glanz noch Macht einer Person bestehen. Dieses Schicksal ist nicht nur Chruschtschow vorbehalten, andere Beispiele in aller Welt - auch in Westen - sprechen dafür. Trotzdem ist die überraschende Ablösung ungewöhnlich, weil die zentralistisch geführte Partei kaum erkennen läßt, welche Kräfteverschiebungen sich angebahnt haben und vielleicht noch in Zukunft zeigen werden.

\* \* \*

Es ist kaum anzunehmen, daß innenpolitische Schwierigkeiten zum Sturz Chruschtschows geführt haben. Viel wahrscheinlicher ist, daß aussenpolitische Mißerfolge und das natürliche Bestreben der Nachkriegsgeneration, den östlichen Machtbereich einigermaßen intakt zu halten, die Nachablösung im Kreml provoziert haben.

Innenpolitisch ist die Landwirtschaft zweifellos das schwächste Glied der sowjetischen Wirtschaft. Chruschtschow hatte sich besonders stark für diesen Wirtschaftszweig engagiert und sicher ist auch in dieser Frage im Zentralkomitee heftige Kritik an ihm geübt worden. Aber über eine solche Spezialfrage allein stolpert kein Ministerpräsident von Format Chruschtschows. Wenn in den vergangenen Jahren auf irgendeinem innenpolitischen Gebiet Mißerfolge sichtbar wurden, hat man immer noch den zuständigen Ressortminister für das Versagen in seinem Bereich verantwortlich gemacht und büßen lassen.

Deshalb scheint es ausser Zweifel zu sein, daß viel eher Chruschtschows Aussenpolitik unter Beschuß geraten ist, beziehungsweise die von ihm in der Aussenpolitik angewandten Methoden, wie zum Beispiel eine Reihe nicht zu Ende gebrachter Versuche und die Sprunghaftigkeit des bisherigen Kremlchefs.

Chruschtschow war es gelungen - und das bleibt sein Verdienst - die Selbstisolierung der Sowjetunion nach innen und aussen zu durchbrechen. Weltweite Gespräche und Verhandlungen sind unter seiner Regierung angeknüpft worden. Er hat, zweifellos aus Furcht und großer Verantwortung gegenüber der Atomfurie, zu dem Teststopp-Abkommen einen großen Beitrag geleistet, und er wollte an dieser Schwelle nicht stehenbleiben. Er war bereit, für ein Engagement mit dem Westen einen sehr hohen Preis zu zahlen - wahrscheinlich sogar den Preis der Einheit des Weltkommunismus.

Das Teststopp-Abkommen war nur möglich auf der von Chruschtschow formulierten "Friedlichen Koexistenz", die aber in ihrer Anwendung und Auswirkung die schwere innere Krise im Weltkommunismus heraufbeschworen hatte. Diese Politik kollidierte mit Maos Vorstellungen, der die Praxis d i e s e r Koexistenz ablehnte und als "feiges Zurückweichen vor dem Gegner" anprangerte.

Bis zur Kuba-Krise konnte Chruschtschow mit Erfolg seine Position gegen Mao behaupten. Nach dem Abzug der Raketen aus Kuba wurde seine Position schwieriger, obwohl die behutsame Politik Kennedys einen Rückzug ohne allzu großen Prestigeverlust ermöglichte. Doch schon vor der Kuba-Krise hatte es einen Vorstoß in Berlin gegeben, der später stillschweigend abgeblasen wurde. Das waren die Ankündigung eines Separatfriedens mit der "DDR" und die Unterbrechung der Zufahrtswege nach Berlin. Das hektische Hin und Her, auch in inneren Bereichen, mußte harte Kritik herausfordern.

Solange Kennedy lebte, konnte diese Form friedlicher Koexistenz leidlich funktionieren. Mit Kennedys Tod fiel jedoch der Kontrahent für Chruschtschow aus. Präsident Johnson stellte zum Teil neue Leute in die Führungspositionen der amerikanischen Politik, die aber zunächst ganz vom Wahlkampf in Anspruch genommen waren und deshalb der von Kennedy eingeleiteten "Strategie des Friedens" kaum die gleiche Aufmerksamkeit widmen konnten wie ihre Vorgänger. Schon aus diesen Gründen mußten Chruschtschows bis dahin sichtbar gewordene Erfolge verlassen und zu Gegnerschaften im Rahmen der Parteispitze in Moskau führen.

\* \* \*

Wenn der Abbau der militärischen Basen in Albanien für die sowjetischen Militärs schon ein nicht wieder gutzumachender strategischer Verlust gewesen ist, so mußten die jüngsten Entwicklungen, die sich nach Kuba im fernen Osten, in Nordvietnam und an der Grenze Chinas anbahnten, in den sowjetischen Stäben Alarmstimmung ausgelöst haben.

Der Zwischenfall in Golf von Tonking, der aus Prestige Gründen und mit Rücksicht auf die Attacken Goldwaters zur Bombardierung Nordvietnams führte, zeigte, daß der neue Mann im Weißen Haus andere Maßstäbe als sein Vorgänger anzulegen gewillt war. Die Bomben vor der chinesischen Haustür und im Vorfeld der Sowjetunion mußten Nachwirkungen haben und deutlich machen, daß Schwäche eine unvermeidliche Folge eines jeden Familienkraches ist.

Wenn der Westen Chruschtschows Koexistenzpolitik als eine conditio sine qua non für das Zusammenleben der Völker akzeptiert hatte, so waren die Bomben auf Nordvietnam das Mittel, den Initiator dieser Politik in eigenen Bereich unglaubwürdig werden zu lassen. Wenn noch

19. Oktober 1964

hinzugenommen werden muß, daß Washington und Bonn gewillt sind, die MLF aufzubauen, so besteht begründeter Anlaß zu der Vermutung, daß die sowjetischen Militärs auf die unhaltbare Lage der Zweifronteneinkreisung mit zersplitterter Rückendeckung hingewiesen haben.

Hier werden sich die sowjetischen Militärs mit Maos Generälen auf einer Linie getroffen haben. Kritik, die in der Partei auch wegen innerer Schwierigkeiten erfolgt sein dürfte, hat sich mit dem Alarm der Militärs getroffen und das ZK, bzw. das Präsidium, veranlaßt, den Exponenten dieser Politik fallen zu lassen.

\* \* \*

Es wäre gewagt, die "neuen Männer" des Kreni als "Feinde" des Westens hinzustellen. Sie werden sicher die "Friedliche Koexistenz" weiterhin als verbindliche Formel anerkennen. Allerdings mit einem wesentlichen Unterschied:

- \* "... Phantasterei, verführte Schlussfolgerungen und übereilte
- \* von der Realität losgelöste Entscheidungen und Handlungen,
- \* Prahlerei und leeres Gerede ..."

dürften, wie die Kritik der "Prawda" vom 17. Oktober an Chruschtschow lautete, der Vergangenheit angehören. Wenn diese Kritik nicht nur als Verbalinjurie hingenommen werden soll, muß mehr dahinterstecken. Die neuen Männer werden nicht mehr impulsiv vorgeschoben, um dann unvermeidliche Rückzüge anzutreten. Die Politik des Vor- und Rücklaufs dürfte vorbei sein.

Aufkommende Krisen werden somit schwieriger zu lösen sein als das unter Chruschtschow der Fall war. Zu einer solchen Politik ist - weil sie das Risiko voll einkalkuliert - die geschlossene Front aller Kommunisten erforderlich.

Die schwere Krise des internationalen Kommunismus werden die neuen Männer somit einzudämmen versuchen. Es wäre ebenso falsch von einer "chinesischen Fraktion" in der KPdSU zu sprechen, die den Sieg davongetragen hat.

Persönliche Ressentiments dürften abgebaut werden. Ein großes Hindernis, das einer Annäherung entgegensteht, Chruschtschow, ist beseitigt. Insofern haben die Sowjets den Chinesen gegenüber eine Vorleistung gebracht. Interne Konsultationen werden folgen, und es ist unwahrscheinlich, daß die angesagten Weltkonferenzen, der mit Moskau verbündeten Parteien, zu den angekündigten Terminen noch stattfinden können. Mao, dem die engen Grenzen seines militärischen Handelns, ohne sowjetische Hilfe, während des Tonkingzwischenfalls sehr deutlich geworden sind, wird einer zu erwartenden Normalisierung vermutlich keine unüberwindlichen Forderungen entgegensetzen. Dieser Prozeß wird naturgemäß eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Ob es der neuen Führung in Moskau gelingt, alle Hindernisse und Divergenzen zu beseitigen, ist eine Frage, die nur die Zeit beantworten kann.

\* \* \*

Kleinlich und ängstlich

Die Blöße der Unionsparteien

sp - In einem Fernsehinterview hatte Bundeskanzler Erhard Gelegenheit, Rechenschaft abzulegen über seine einjährige Kanzlerschaft. Das war und ist sein gutes Recht, das ihm niemand verwehren kann. Direktinformationen aus erster Hand in Rundfunk und Fernsehen tragen zur politischen Willensbildung bei, stärken den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortung und steigern das Interesse des Bürgers an politischen Geschehen. Erhards Politik wird getragen von einer - noch - bestehenden Mehrheit im Bundestag, bestehend aus den Unionsparteien und den Freien Demokraten, die ihn vor einem Jahr auf den Kanzlerstuhl hoben. Gegenspieler der Regierung im Parlament ist die Opposition; daß sie sehr wirksam, durchschlagend und in ihrer Argumentation überlegen sein kann, bewies die letzte Debatte anlässlich der ersten Lesung des Bundeshaushalts 1965.

Wenn nun der Bundeskanzler im Fernsehen vor Millionen Zuhörern seine Politik vertritt, was ihm, wie gesagt, niemand verübeln kann, so muß für den Sprecher der Opposition - in diesem Fall dem Fraktionsvorsitzenden in der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Erler, - die gleiche Chance gegeben sein. Sie soll auch gelten, aber nur, wenn es nach dem Willen des Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Dufhues, geht, mit gewissen Einschränkungen. Er will Fritz Erler nur dank vor dem Bildschirm haben, wenn dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, Rainer Barzel, kurz danach die gleiche Gelegenheit gegeben wird. Die Intendanz des Norddeutschen Rundfunks hat dies aus guten Gründen abgelehnt, sie will sich nicht einseitiger Begünstigung einer Partei schuldig machen. Erhard und Barzel vertreten e i n e Partei, und deren Ansichten sollen nach Dufhues gleich zweimal dem Bundesbürger eingehämmert werden. Befürchtet die CDU die Wirkung des Auftritts von Erler vor dem Fernsehschirm? Wie kleinlich und ängstlich zugleich ist diese Haltung!

Die Unionsparteien haben sicher allen Grund, ängstlich zu sein. Der Wind schlägt ihnen ins Gesicht, ein Jahr Kanzlerschaft Erhards haben der CDU/CSU zu keinem neuen Glanz verholfen, haben dem Mythos Erhards zugesetzt und die innere Schwäche des Bundeskanzlers offenbar werden lassen. Sein Mangel an Führungskraft fand in Streit und Hader seinen Niederschlag, die Unionsparteien bieten ein Bild, das den Namen UNION kaum noch rechtfertigen kann. Das letzte Jahr der Legislaturperiode wird ihnen zum Alpdruck.

Was nun in solcher Lage tun? Die Unruhe im eigenen Lager wächst. In ihrer Not nehmen die CDU-Strategen zu sozialdemokratischen Gesetzentwürfen Zuflucht, die seit Jahren dem Bundestag vorliegen, wie z. B. der Gesetzentwurf zum verbesserten Mutterschutz, zur besseren Berufsförderung und Ausbildung der Jugend und anderes mehr. Was in aller Welt hat die CDU/CSU daran gehindert, diese Gesetzentwürfe schon früher zu beraten und zu verabschieden? Nun soll, mit Blick auf die nächste Bundestagswahl, wenigstens einiges unter dem Stichwort "Schwerpunktprogramm" geschehen. Was dabei herauskommen wird, läßt sich heute schon ablesen. Das traurige Hin und Her um das Sozialpaket ist ein nicht zu übersehendes Indiz für die Ohnmacht einer in sich zerrissenen Koalition, der Sozialpolitik neue, wegweisende Impulse zu geben.

Die Sorgen eines Kölner Staatsanwalts

---

Strafverfahren gegen Jungsozialisten  
wegen eines Anti-Franco-Flugblattes

Von \* \* \*

Ein Staatsanwalt in Köln hat gegen Jungsozialisten und junge Gewerkschafter ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie durch ein Flugblatt gegen Franco "ein befreundetes Staatsoberhaupt" beleidigt haben sollen. Die stolze Losung der heutigen Franco-Propaganda "25 Jahre Frieden" wurde in diesem Flugblatt mit einem Fragezeichen versehen und außerdem wurde ausgesprochen, daß dies in Wirklichkeit ein Frieden von "25 Jahren Friedhof" sei. Im Vordergrund des Flugblattes prangt Francos fleischiger Greisenkopf mit Soldatenkappe, im Hintergrund das endlose Bild von Kreuzen auf einem Friedhof.

Dieser Text und dieses Bild sollen nun auch außerhalb Spaniens verboten und bestraft werden, ganz gleich, ob es sich um Wahrheit und geschichtliche Tatsachen handelt? Nach dieser Logik eines Kölner Staatsanwaltes wären also nicht die Tatsachen, die Franco seit 25 Jahren in Spanien schafft, eine Beleidigung für die Menschen und für die Menschlichkeit, sondern umgekehrt, sein Tun zu erwähnen, wäre fortan eine Beleidigung des hochgestellten Generals! Die eine Million Toten und Opfer des spanischen Bürgerkrieges? Will der Staatsanwalt zu Köln andeuten, daß diese Tatsache fortan in der Bundesrepublik öffentlich nicht mehr ausgesprochen werden darf?

Der weltbekannte spanische Historiker Salvador de Madariaga, der in London lebt, hat weitaus drastischer als die Kölner Jungsozialisten die 25 Jahre des Franco-Friedens kürzlich kommentiert. Salvador de Madariaga, der übrigens im politischen Lager der Neo-Liberalen steht und ein führender Sprecher der Liberalen Weltunion ist, schrieb zu dem 25-jährigen Franco-Jubiläum einen speziellen Aufsatz über den herrschenden spanischen Frieden der Friedhöfe. Der Aufsatz Salvador de Madariagas ist durch eine führende New Yorker Presseagentur in der ganzen Welt verbreitet worden und erschien in unzähligen Zeitungen, vor allem in Lateinamerika.

Viel schärfer und viel wuchtiger als ein sachlicher westeuropäischer Sozialdemokrat und Gewerkschafter das auszudrücken vermag, geht dieser spanische Liberale mit Franco und seinem Friedhof-Regime zu Gericht. Salvador de Madariaga schreibt unter anderem:

- \* "Fünfundzwanzig Jahre spanischer Frieden: Das sind 25 Jahre,
- \* die der große Dichter Federico Gracia Lorca ermordet in
- \* einer Schlucht ruht . . . 25 Jahre, seitdem der Philosoph
- \* und Sozialistenführer Besteiro an den Torturen und an

\* Meningitis im Gefängnis verstarb . . . 25 Jahre: der  
\* katalanische Staatspräsident, Companys, und der frühere  
\* sozialistische Innenminister, Zugazoaitia, ausgeliefert  
\* und entführt aus dem Vichy-Frankreich Petains und  
\* Ivalds und dann erschossen durch den Hersteller des Frie-  
\* dens . . . 25 Jahre: unter anderem der Gouverneur von  
\* Ocruña und seine junge, schwangere Frau, jung verheiratet,  
\* erschossen von dem Urheber des sogenannten spanischen  
\* Friedens . . .

\* Republikanische und sozialistische Führer in Spanien  
\* wurden zu Tausenden erschossen, damit die Friedensurheber  
\* hinterher während 25 Jahren die Friedensstimmung eines gros-  
\* sen Friedhofes genießen konnten. Fünfundzwanzig Jahre in  
\* Frieden hat die spanische Universität seitdem vom Wirbel  
\* der Zeit und der Welt sich abwenden und der Ausgrabung der  
\* Reliquien des Heiligen Thomas sich widmen können.

\* Fünfundzwanzig Jahre Frieden hat seitdem die Armee: weil  
\* es keine Liberalen, keine Republikaner und Sozialisten  
\* mehr im öffentlichen Leben gibt, da ihre führenden und  
\* sichtbaren Kräfte und ihre aktiven Gestalten seit 25 Jahren  
\* begraben oder exiliert sind. Fünfundzwanzig Jahre Frieden  
\* hatten nur die Witwen der Zwangsarbeiter, die beim Aus-  
\* hohlen der Berge von Cuclgamuros zugrunde gingen und viele  
\* andere Witwen und Waisenkinder. Witwen und Waisenkinder,  
\* das waren überhaupt die hervorragendsten Ergebnisse des  
\* Regimes in diesen 25 Jahren.

Francos Frieden ist auf den Massengräbern eines großen Fried-  
hofes, in den Spanien durch den Aufstand des Generals Franco,  
den dreißährigen Bürgerkrieg und den anschließenden Terror ver-  
wandelt wurde, aufgebaut worden. Das ist das geschichtliche Ur-  
teil der Welt, und das ist das Urteil des führenden spanischen  
Historikers Salvador de Madariaga.

Wird der Staatsanwalt zu Köln künftig auch die Meinung die-  
ses spanischen Historikers verbieten und verfolgen? Das wäre des-  
wegen pikant, weil Salvador de Madariaga als Liberaler seine  
politischen und publizistischen Sympathien, was die Bundesrepu-  
blik anbetrifft, in der Vergangenheit ganz und gar auf Adenauer  
ausgerichtet hat und heute sicher ein politischer Gefolgsmann  
des Bundeskanzlers Erhard ist.

+ + +

## Peking in Französisch-Afrika

### Diplomatische und wirtschaftliche Offensive

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die amerikanische Enthüllung über die chinesische Atomrüstung quittiert man in Paris mit gemischten Gefühlen. Einerseits verweist man auf innenpolitische Umstände in den Vereinigten Staaten am Vorabend der Wahlen, andererseits zweifelt man nicht daran, daß China auf dem Wege ist, nach den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich die "fünfte Atommacht" zu werden. Man sieht darin eine nachträgliche "Rechtfertigung" der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Frankreichs mit Peking. Gestützt auf dieses neue Prestige, wird es das kommunistische China nicht verabsäumen, in nächster Zeit im Konkurrenzkampf mit der Sowjetunion in den Ländern der "dritten Welt" verstärkt zur Geltung zu kommen, betonen politische Beobachter in der französischen Hauptstadt.

So entfaltet China schon jetzt eine verstärkte diplomatische und wirtschaftliche Offensive in Französisch-Afrika. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Peking erleichtert den Einzug der Chinesen in den früheren französischen Kolonien.

Immer mehr afrikanische Persönlichkeiten werden nach China eingeladen, chinesische Missionen treffen in Afrika ein, Handels- und Wirtschaftsverträge werden geschlossen. In vier afrikanischen Ländern mit "gemäßigtem Regime" weilten kürzlich größere chinesische Delegationen: Dahomey, Niger, Kamerun und Zentralafrikanische Republik.

Zugleich bemühte sich Peking, mit möglichst vielen afrikanischen Ländern feste diplomatische Beziehungen herzustellen. Französisch-Kongo (Brazzaville) hat bereits mit China Botschafter getauscht. In Senegal hat die Agentur "Neues China" ein Büro eröffnet. Zugleich hat Dakar die diplomatischen Beziehungen mit Formosa abgebrochen.

Parallel zu dieser Entwicklung scheint Peking jetzt nicht mehr die revolutionären Oppositionen in diesen Ländern zu unterstützen. In Paris ist man davon überzeugt, daß der chinesische Kommunismus, ähnlich wie der russische, wenn auch in etwas anderen Formen, gleichfalls in eine "reformistische" und "revisionistische" Phase eintritt. Der Westen müsse alles tun, um Mao "auf die richtige Seite zu ziehen, meinte dieser Tage das Pariser Gaullistenblatt "La Nation".